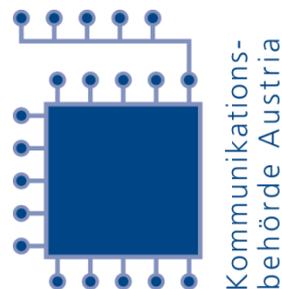


Behörde (Anschrift, Telefon, Telefax, E-Mail, DVR, URL)

Kommunikationsbehörde Austria (KommAustria)
 Mariahilfer Straße 77-79, 1060 Wien
 Telefon: 01/58058-0,
 Telefax: 01/58058-9191
 E-Mail: rtr@rtr.at
 http://www.rtr.at
 DVR: 4009878 Austria



KommAustria

RSb

Herrn Z
 p.A. X GmbH & Co KG

Zahl (Bitte bei Antworten angeben!)	Sachbearbeiter/in	Durchwahl	Datum
KOA 13.500/14-065	Mag. Schörg	474	31. März 2014

Ermahnung

Sie haben

am	um (von – bis Uhr)	in
12.04.2013 und 10.07.2013		Wels
<p>als Geschäftsführer der X GmbH & Co KG und somit als gemäß § 9 Abs. 1 Verwaltungsstrafgesetz 1991 (VStG), BGBl. Nr. 52/1991 idF BGBl. I Nr. 33/2013, nach außen hin für die Einhaltung der Verwaltungsvorschriften strafrechtlich Verantwortlicher dieser Gesellschaft, zu verantworten, im Rahmen der Bekanntgabe von Daten gemäß § 2 Abs. 1 Medienkooperations- und -förderungs- Transparenzgesetz (MedKF-TG), BGBl. I Nr. 125/2011, an die Kommunikationsbehörde Austria (KommAustria) auf der unter www.rtr.at abrufbaren Webschnittstelle unter der Rubrik „Name des Mediums“</p> <p>I. am 12.04.2013 durch die Eingabe der Bezeichnungen</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. AGRO-WERBUNG 2. Bohmann Druck und Verlag 3. IP Österreich 4. Johann Almer 5. MEDIAPRINT Zeitungs- und Zeitschriftenverlag 6. Österreichischer Wirtschaftsverlag 7. RMA Media Service 8. Seso Media Consulting GmbH 9. WEKA-Verlag 10. Wimmer Medien 11. Zeitungsverlag NÖ Pressehaus 		

sowie

II. am 10.07.2013 durch die Eingabe der Bezeichnungen

1. Art & Media
2. Johann Almer
3. Medianet Verlag
4. MEDIAPRINT Zeitungs- und Zeitschriftenverlag
5. Wimmer Medien
6. Zielgruppen-Zeitungsverlags

Bekanntgaben veranlasst zu haben, deren Unrichtigkeit insofern offensichtlich ist, als es sich bei den genannten Bezeichnungen nicht um Bezeichnungen von Medien handelt.

Sie haben dadurch folgende Rechtsvorschrift(en) verletzt:

§ 5 Abs. 2 2. Fall in Verbindung mit § 2 Abs. 1 Medienkooperations- und -förderungs-Transparenzgesetz (MedKF-TG), BGBl. I Nr. 125/2011 in Verbindung mit § 9 Abs. 1 Verwaltungsstrafgesetz 1991 (VStG), BGBl. Nr. 52/1991 i.d.F. BGBl. I Nr. 33/2013.

Es wird jedoch von der Verhängung einer Strafe abgesehen und Ihnen eine **Ermahnung** erteilt.

Rechtsgrundlage: § 45 Abs. 1 letzter Satz des Verwaltungsstrafgesetzes 1991 – VStG

Begründung:

1. Gang des Verfahrens

Mit Schreiben vom 23.09.2013, KOA 13.500/13-188, leitete die KommAustria gegen den Beschuldigten als zur Vertretung nach außen berufenes Organ der X GmbH & Co KG und damit als für die Einhaltung der Verwaltungsvorschriften strafrechtlich Verantwortlichen ein Verwaltungsstrafverfahren ein und forderte den Beschuldigten zur Rechtfertigung hinsichtlich des Vorwurfs auf, er habe es zu verantworten, dass die X GmbH & Co KG am 12.04.2013, somit in der Meldephase betreffend das 1. Quartal des Jahres 2013, sowie am 10.07.2013, somit in der Meldephase betreffend das 2. Quartal des Jahres 2013, Bekanntgaben veranlasst habe, deren Unrichtigkeit offensichtlich sei, da es sich bei diesen Bekanntgaben nicht um die Namen von Medien handle.

Mit Schreiben vom 02.10.2013, eingelangt am 04.10.2013, bezog der Beschuldigte zu diesem Vorwurf Stellung und brachte vor, dass in den Meldungen des ersten und zweiten Quartals des Jahres 2013 fälschlicherweise die Medieninhaber anstelle des Namens des Mediums bekannt gegeben worden seien. Dies sei auf die Abfragesystematik des elektronischen ERP-/RW-Systems zurückzuführen. Dieser Umstand sei seitens der X GmbH & Co KG leider nicht als unrichtig bzw. nicht dem MedKF-TG entsprechend erkannt worden. Um hinkünftig derartige fehlerhafte Meldungen zu vermeiden, seien bereits entsprechende Schritte gesetzt worden, sodass eine neuerliche fehlerhafte Meldung ausgeschlossen werden könne.

2. Entscheidungsrelevanter Sachverhalt

Die X GmbH & Co KG war eine zu FN xxxxx im Firmenbuch eingetragene Gesellschaft mit Sitz in Wels, welche mit 14.09.2013 aufgelöst und aus dem Firmenbuch gelöscht wurde (Antrag auf Löschung vom 10.09.2013). Unbeschränkt haftende Gesellschafterin war die X GmbH (FN xxxxx), Kommanditistin die Holding Wels GmbH (FN 99132 h). Mit der Auflösung der X GmbH & Co KG wurde deren gesamtes Vermögen im Wege der Universalsukzession an die X GmbH übertragen. Auflösungsgrund war, dass in der Kommanditgesellschaft nur mehr ein Gesellschafter verblieben ist, diese Rechtsform jedoch mindestens zweier Gesellschafter bedarf. In diesem Fall erlischt die Gesellschaft ohne Liquidation und das Gesellschaftsvermögen geht im Wege der Gesamtrechtsnachfolge an den letzten verbliebenen Gesellschafter über (§ 142 i.V.m. § 161 Abs. 2 Unternehmensgesetzbuch, UGB, dRGI. S 219/1897 i.d.F. BGBl. I Nr. 50/2013).

Bei der X GmbH handelt es sich um eine zu FN 263724 f im Firmenbuch eingetragene Gesellschaft mit Sitz in Wels, deren Gesellschaftsanteile zur Gänze von der Holding Wels GmbH gehalten werden. Bei der Holding Wels GmbH handelt es sich um eine zu FN 99132 h eingetragene Gesellschaft, ebenfalls mit Sitz in Wels, deren Gesellschaftsanteile zur Gänze von der Stadt Wels gehalten werden.

Die X GmbH war, bis zur Auflösung und Löschung der X GmbH & Co KG aus dem Firmenbuch am 14.09.2013 deren Komplementärin und damit gemäß § 164 UGB Geschäftsführerin. Geschäftsführer der X GmbH war, und ist auch derzeit noch, der Beschuldigte. Er fungiert jedenfalls seit Oktober 2006 Geschäftsführer der X GmbH. Er hatte diese Funktion somit auch am 12.04.2013 sowie am 10.07.2013 inne.

Am 06.08.2013 hat der Rechnungshof des Bundes auf Grundlage seiner Verpflichtung gemäß § 1 Abs. 3 BVG Medienkooperation und Medienförderung (BVG MedKF-T) der KommAustria die – zum Stand 01.07.2013 aktualisierte – Liste mit ihm bekannten, seiner Kontrolle unterliegenden Rechtsträger übermittelt. Die X GmbH & Co KG ist auf dieser Liste angeführt. Sie war auch bereits auf der Liste des Rechnungshofes zum Stand 01.01.2013 angeführt.

Für die X GmbH & Co KG wurden am 12.04.2013 im Rahmen der Bekanntgabe von Werbeaufträgen/entgeltlichen Veröffentlichungen nach § 2 MedKF-TG in der dafür vorgesehenen Webschnittstelle der KommAustria unter der Rubrik „Name des Mediums“ unter anderem folgende Bekanntgaben veranlasst:

1. AGRO-WERBUNG
2. Bohmann Druck und Verlag
3. IP Österreich
4. Johann Almer

5. MEDIAPRINT Zeitungs- und Zeitschriftenverlag
6. Österreichischer Wirtschaftsverlag
7. RMA Media Service
8. Seso Media Consulting GmbH
9. WEKA-Verlag
10. Wimmer Medien
11. Zeitungsverlag NÖ Pressehaus

Bei der „AGRO Werbung GmbH“ handelt es sich um eine zu FN 81292y im Firmenbuch eingetragene Gesellschaft mit Sitz in Linz, deren Unternehmensgegenstand im Betrieb einer Werbeagentur bzw. eines Verlagswesens besteht. Die „AGRO Werbung“ beschäftigt sich überwiegend mit Werbung rund um den Agrarbereich.

Bei der „Bohmann Druck & Verlag GmbH & Co KG“ handelt es sich um eine zu FN 9642 f im Firmenbuch eingetragene Gesellschaft mit Sitz in Wien, deren Unternehmensgegenstand im Verlag und Vertrieb von Druckschriften aller Art sowie im Buch-, Zeitschriften-, Kunst- und Musikalienhandel besteht. Zudem ist die Gesellschaft auch im Bereich Eventorganisation tätig. Zum Portfolio zählt auch die Vermarktung von Werbeinseraten in den Magazinen der „wien.at“-Reihe.

Bei der „IP Österreich GmbH“ handelt es sich um eine zu FN 142876 m im Firmenbuch eingetragene Gesellschaft, deren Unternehmensgegenstand in der Vermarktung von Fernseh-, Online- und Kinowerbung besteht. „IP Österreich“ bietet den Kunden insbesondere die Möglichkeit im Rahmen des „Österreich-Fensters“ der Fernsehprogramme „RTL“, „SUPER RTL“, „RTL II“, „VOX“ und „sky“ Werbespots zu beauftragen. Es handelt sich somit um die Vermarktungsgesellschaft zahlreicher deutscher Privatfernsehprogramme in Österreich.

Beim „Verlag Almer“ handelt es sich um einen von Hans Almer (Johann Almer) geleiteten Fachverlag, welcher die „Österreichische Bäckerzeitung“ sowie „Der Konditor“ verlegt.

Bei der „Mediaprint Zeitungs- und Zeitschriftenverlag GmbH & Co KG“ handelt es sich um eine zu FN 3394 t im Firmenbuch eingetragene GmbH & Co KG deren unbeschränkt haftende Gesellschafterin die Mediaprint Zeitungs- und Zeitschriftenverlag Gesellschaft m.b.H. (FN 72716 k) ist. Kommanditistinnen sind die KRONE – Verlag Gesellschaft m.b.H. & Co Vermögensverwaltung KG (FN 5973 i) sowie die KURIER Zeitungsverlag und Druckerei Gesellschaft m.b.H (FN 107826 v). Die „Mediaprint Zeitungs- und Zeitschriftenverlag GmbH & Co KG“ bzw. ihre Tochtergesellschaften sind unter anderem Medieninhaberinnen der Tageszeitungen „Kurier“ und „Kronen Zeitung“.

Bei der „Österreichischer Wirtschaftsverlag GmbH“ handelt es sich um eine zu FN 202164a im Firmenbuch eingetragene Gesellschaft mit Sitz in Wien, deren Unternehmensgegenstand in Herausgabe, Verlag, Druck und Vertrieb von Zeitungen sowie sonstigen periodischen Druckschriften besteht. Sie ist unter anderem Medieninhaberin der monatlich erscheinenden Zeitschrift „die wirtschaft“.

Bei der „RMA Media Services GmbH“ handelt es sich um eine zu FN 44199 z im Firmenbuch eingetragene Gesellschaft, deren Gesellschaftsanteile zur Gänze von der „Regionalmedien Austria AG“ gehalten werden. Bei der „Regionalmedien Austria AG“ (RMA) handelt es sich um eine zu FN 179029 d im Firmenbuch eingetragene Gesellschaft, die als Medienunternehmerin zahlreiche Print- und Online-Produkte mit dem Schwerpunkt lokale Berichterstattung vertreibt. Unter dem Dach des Konzerns Regionalmedien Austria AG erscheinen zahlreiche Regionalmedien wie beispielsweise die Bezirksblätter, die Wiener Bezirkszeitung, meine Woche oder die Bezirksrundschau.

Bei der „seso media group gmbh“ handelt es sich um eine zu FN 218346 y im Firmenbuch eingetragene Gesellschaft mit Sitz in Wien, deren Unternehmensgegenstand im Betrieb einer Werbeagentur besteht.

Bei der „WEKA-Verlag Gesellschaft m.b.H.“ handelt es sich um eine im Firmenbuch zu FN 82687 z eingetragene Gesellschaft mit Sitz in Wien und dem Unternehmensgegenstand des Betriebes eines Verlags. Der „WEKA-Verlag“ konzentriert sich auf folgende Fachgebiete: Recht und Steuern, Technik und Industrie, Bau und Gebäude, Transport und Verkehr sowie Management und Handel, wobei sowohl Bücher als auch periodische Druckwerke verlegt werden. Sie ist unter anderem Medieninhaberin der Zeitschriften „TRAKTUELL – Das österreichische Fachmagazin im Bereich Transport und Verkehr“, „Technik Report“ und „punktUM – Österreichs Fachmagazin für Elektro-Installationstechnik, Lichttechnik und Kommunikationstechnik“.

Bei der Bezeichnung „Wimmer Medien“ (auch: „ÖÖ Medienhaus“) handelt es sich um ein

Medienunternehmen, unter dessen Dachgesellschaft (Wimmer Medien GmbH & Co KG, FN 166228 d, Sitz in Linz), vermittelt durch mehrere Tochtergesellschaften, zahlreiche Printmedien herausgegeben werden. Zum Unternehmensgegenstand gehört außerdem auch der Betrieb einer Druckerei.

Bei der „Niederösterreichisches Pressehaus Druck- und Verlagsgesellschaft m.b.H.“ handelt es sich um eine im Firmenbuch zu FN 90810 w eingetragene Gesellschaft mit Sitz in St. Pölten. Sie ist jedenfalls Medieninhaberin folgender periodischer Druckwerke: „NÖN – NÖ Nachrichten“ und „BVZ“.

Für die X GmbH & Co KG wurden am 10.07.2013 im Rahmen der Bekanntgabe von Werbeaufträgen/entgeltlichen Veröffentlichungen nach § 2 MedKF-TG in der dafür vorgesehenen Webschnittstelle der KommAustria unter der Rubrik „Name des Mediums“ unter anderem folgende Bekanntgaben veranlasst:

1. Art & Media
2. Johann Almer
3. Medianet Verlag
4. MEDIAPRINT Zeitungs- und Zeitschriftenverlag
5. Wimmer Medien
6. Zielgruppen-Zeitungsverlags

Bei der „medianet Verlag AG“ handelt es sich um eine im Firmenbuch zu FN 197533 s eingetragene Aktiengesellschaft mit Sitz in 1110 Wien. Die Gesellschaft ist Medieninhaberin zahlreicher Themenzeitschriften aus dem Bereich Wirtschaft.

Bei der „Zielgruppen-Zeitungsverlags GmbH“ handelt es sich um eine zu FN 54941 x im Firmenbuch eingetragene Gesellschaft mit Sitz in Linz. Sie ist Medieninhaberin der Zeitschriften „Chefinfo – Das Magazin der Führungskräfte“ und „moments – Das Magazin für die schönsten Augenblicke“.

3. Beweiswürdigung

Die Feststellungen zur X GmbH & Co KG beruhen auf der Einsichtnahme in das offene Firmenbuch. Aus den Listen des Rechnungshofes welcher dieser der KommAustria gemäß § 1 Abs. 3 BVG MedKF-T übermittelt hat, ergibt sich insbesondere, dass es sich bei der X GmbH & Co KG bis zu dessen Auflösung und Löschung um einen der Rechnungshofkontrolle unterliegenden Rechtsträger gehandelt hat. Die Feststellungen zur X GmbH sowie zur Holding Wels GmbH beruhen ebenfalls auf der Einsichtnahme in das Firmenbuch.

Die Feststellungen zur Funktion des Beschuldigten als Geschäftsführer der X GmbH ergeben sich aus der Einsichtnahme in das (historische) Firmenbuch sowie aus dem Vorbringen des Beschuldigten.

Die Feststellung, dass für die X GmbH & Co KG am 12.04.2013, somit innerhalb der Meldephase betreffend das 1. Quartal 2013, sowie am 10.07.2013, somit innerhalb der Meldephase betreffend das 2. Quartal, über die Webschnittstelle der KommAustria die in den Feststellungen genannten Bezeichnungen eingegeben wurden, ergibt sich einerseits aus den – auch für den Beschuldigten einsehbar – Aufzeichnungen der Webschnittstelle und andererseits aus der von der KommAustria gemäß § 3 Abs. 3 MedKF-TG veröffentlichten Liste der bekanntgegeben Daten (online abrufbar unter: https://www.rtr.at/de/m/veroeffent_medkftg_bisher).

Die Feststellungen zur Bedeutung, der in die Webschnittstelle eingegebenen Bezeichnungen, insbesondere zu den bezeichneten Unternehmen bzw. juristischen Personen, beruhen auf der Einsichtnahme in das offene Firmenbuch. Der Beschuldigte selbst hat dazu in seiner schriftlichen Stellungnahme keine näheren Ausführungen gemacht. Die Feststellungen zu den eingegebenen Bezeichnungen beruhen daher auch auf der Einsichtnahme in die Websites der betreffenden Unternehmen: <http://www.agrowerbung.at>, <http://www.bohmann-verlag.at/portal/HOME.10.0.html>, <http://www.ip-oesterreich.at>, <http://www.verlag-almer.at>, <http://www.wirtschaftsverlag.at/ireds-20002.html>, http://mediaprint.at/index_mp.html, <http://www.regionalmedien.at>, <http://www.seso.at>, <http://www.weka.at/verlag>, <http://www.ooemedienhaus.at>, <http://www.medianet.at> und <http://www.noep.at>. Wie bereits in den Feststellungen ausgeführt, handelt es sich bei den bezeichneten Unternehmen durchwegs um Medienunternehmen, Verlage, Werbeagenturen oder Medienagenturen.

Auf der Einsichtnahme in das Österreichische Pressehandbuch 2013 beruhen die Feststellungen zu

folgenden periodischen Druckwerken: „die wirtschaft“ (Seite 402), „TRAKTUELL – Das österreichische Fachmagazin im Bereich Transport und Verkehr“ (Seite 808), „Technik Report“ (Seite 744), „punktUM – Österreichs Fachmagazin für Elektro-Installationstechnik, Lichttechnik und Kommunikationstechnik“ (Seite 743), „NÖN – NÖ Nachrichten“ (S. 164), „BVZ“ (Seite 119), „Chefinfo – Das Magazin der Führungskräfte“ (Seite 918) und „moments – Das Magazin für die schönsten Augenblicke“ (Seite 826). Die Feststellungen zur „Regionalmedien Austria AG“ beruhen, neben der Einsichtnahme in das Firmenbuch, auch auf der Einsichtnahme in das Österreichische Pressehandbuch 2013, Seite 105.

Während sich die Kooperationspartner der X GmbH & Co KG im ersten und zweiten Quartal 2013 durch die, in die Webschnittstelle der KommAustria, eingegebenen Bezeichnungen ableiten ließen, konnte nicht festgestellt werden, in welchen konkreten Medien (periodische Druckwerke, periodische elektronische Medien) die X GmbH & Co KG im ersten und im zweiten Quartal des Jahres 2013 Werbeaufträge geschaltet hat. Der Beschuldigte hat hierzu keinerlei Angaben gemacht. Auch lassen sich aus den eingegebenen Bezeichnungen die Medien nicht ableiten.

4. Rechtliche Beurteilung

4.1. Zuständigkeit der Behörde/Rechtsgrundlagen

Nach § 1 Abs. 3 des Bundesgesetzes über die Einrichtung einer Kommunikationsbehörde Austria („KommAustria“) und eines Bundeskommunikationssenates (KommAustria-Gesetz – KOG, BGBl. I Nr. 32/2001 idF BGBl. I Nr. 125/2011) ist die KommAustria für die Kontrolle der Einhaltung der Bekanntgabepflichten in Bezug auf Medienkooperationen, Werbeaufträge und Förderungen nach Maßgabe bundesgesetzlicher Vorschriften zuständig. Die „Wahrnehmung der Aufgaben nach dem MedKF-TG, BGBl. I Nr. 125/2011“ zählt demgemäß nach § 2 Abs. 1 Z 12 KOG zu den Aufgaben der KommAustria.

Gemäß § 5 Abs. 2 MedKF-TG begeht eine Verwaltungsübertretung und ist mit Geldstrafe bis zu 20.000 Euro, im Wiederholungsfall mit einer Geldstrafe bis zu 60.000 Euro, zu bestrafen, wer eine Bekanntgabe veranlasst, deren Unvollständigkeit oder Unrichtigkeit offensichtlich ist oder von der KommAustria aus Anlass einer Mitteilung des Rechnungshofes im Zuge der Gebarungskontrolle eines Rechtsträgers festgestellt wurde.

4.2. Zum objektiven Tatbestand – Verletzung des § 5 Abs. 2 MedKF-TG

Auf Grund der Ergebnisse des Ermittlungsverfahrens steht fest, dass die X GmbH & Co KG von den Bekanntgabepflichten nach § 2 und nach § 4 MedKF-TG im Zeitraum während der Meldephasen betreffend das erste und das zweite Quartal 2013 betroffen war und am 12.04.2013 sowie am 10.07.2013 die, in den Feststellungen sowie im Spruch genannten, Eingaben veranlasst wurden.

§ 5 Abs. 2 MedKF-TG lautet:

„Verwaltungsstrafe

§ 5. (1) ...

(2) Weiters begeht eine Verwaltungsübertretung und ist mit einer Geldstrafe bis zu 20.000 Euro, im Wiederholungsfall mit einer Geldstrafe bis zu 60.000 Euro, zu bestrafen, wer eine Bekanntgabe veranlasst, deren Unvollständigkeit oder Unrichtigkeit offensichtlich ist oder der KommAustria aus Anlass einer Mitteilung des Rechnungshofes im Zuge der Gebarungskontrolle eines Rechtsträgers festgestellt wurde.

Die maßgeblichen Regelungen des § 2 MedKF-TG lauten:

„Bekanntgabepflicht bei Aufträgen

§ 2. (1) Zu dem in § 1 genannten Zweck haben die in Art. 126b Abs. 1, 2 und 3, Art. 126c, Art. 127 Abs. 1, 3 und 4, Art. 127a Abs. 1, 3, 4 und 9 und Art. 127b Abs. 1 des Bundes-Verfassungsgesetzes – B VG, BGBl. Nr. 1/1930, angeführten sowie sonstige durch Gesetz der Rechnungshofkontrolle unterworfenen Rechtsträger für sämtliche entweder direkt oder unter Vermittlung über Dritte erteilten Aufträge

1. über (audiovisuelle) kommerzielle Kommunikation gemäß § 1a Z 6 des ORF-Gesetzes – ORF G, BGBl. I Nr. 83/2001, § 2 Z 2 des Audiovisuelle Mediendienste-Gesetzes – AMD G, BGBl. I Nr. 84/2001, und Werbung und Patronanz gemäß § 19 Abs. 1 und 5 des Privatradiogesetzes – PrR G, BGBl. I Nr. 20/2001, sowie über Beiträge im Dienste der Öffentlichkeit im Inhaltsangebot des ORF (§ 14 Abs. 9 ORF-G) oder in Hörfunkprogrammen nach dem PrR-G oder in audiovisuellen Mediendiensten nach dem AMD-G und

2. über entgeltliche Veröffentlichungen gemäß § 26 MedienG an Medieninhaber eines periodischen Druckwerks oder sonst an Medieninhaber eines periodischen elektronischen Mediums

den Namen des jeweiligen periodischen Mediums, in dem - mit Ausnahme der Fälle des Abs. 4 - Veröffentlichungen vorgenommen wurden, sowie die Gesamthöhe des jeweils innerhalb für die innerhalb eines Quartals erfolgten Veröffentlichungen (Z 1 und 2) zu leistenden Entgelts nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen bekanntzugeben. Für die nach Z 2 erfassten periodischen Druckwerke bezieht sich die Bekanntgabepflicht auch auf entgeltliche Veröffentlichungen in den dem periodischen Druckwerk angefügten Beilagen oder Sondertitel.

(2) ...

(3) Die Bekanntgabe des Auftraggebers, des Namens des periodischen Mediums und der Gesamthöhe des geleisteten Entgelts für Veröffentlichungen in dem jeweiligen periodischen Medium hat durch die dazu Verpflichteten elektronisch im Wege einer Webschnittstelle (Web-Interfaces) an die KommAustria zu erfolgen. Die Bekanntgabe hat quartalsweise jeweils innerhalb von zwei Wochen gerechnet ab dem Ende eines Quartals zu erfolgen. Die Veröffentlichung dieser Daten durch die KommAustria bestimmt sich nach § 3 Abs. 3.

(4) ...

(5) Das geleistete Entgelt ist jeweils als Nettoentgelt anzugeben. Bei Tausch- oder tauschähnlichen Geschäften ist der gemeine Wert anzugeben. Für die Bekanntgabepflicht maßgeblich ist jeweils der Zeitpunkt der Leistungserbringung.“

Die Bekanntgabepflichten gemäß §§ 2 und 4 MedKF-TG betreffen sämtliche Rechtsträger, die unter der Kontrolle des Rechnungshofes stehen. Das Gesetz trifft keine Unterscheidung dahingehend, ob ein Rechtsträger tatsächlich Werbeaufträge verteilt, Medienkooperationen eingetht oder Förderungen zusagt, oder ob er dazu überhaupt befugt oder in der Lage ist.

Gemäß § 2 Abs. 1 i.V.m. Abs. 4 MedKF-TG haben alle vom Anwendungsbereich des Gesetzes erfassten Rechtsträger sämtliche entweder direkt oder unter Vermittlung über Dritte erteilten Aufträge über entgeltliche Veröffentlichungen in periodischen Medien bekanntzugeben, sofern die Gesamthöhe des zu leistenden Entgelts im betreffenden Quartal EUR 5.000,- übersteigt. Diese Bekanntgabepflicht umfasst nach Abs. 1 die Angabe des Namens des jeweiligen periodischen Mediums sowie den im Quartal an den betreffenden Medieninhaber geleisteten Gesamtbetrag.

§ 2 Abs. 1 MedKF-TG verpflichtet die Rechtsträger zur Bekanntgabe des „Namens des jeweiligen periodischen Mediums“ in dem die entgeltliche Veröffentlichung *in concreto* stattgefunden hat. Angesichts der Bestimmung des § 1 Abs. 1 Z 1 MedienG handelt es sich bei einem Medium um ein Mittel zur Verbreitung von Mitteilungen oder Darbietungen mit gedanklichem Inhalt in Wort, Schrift, Ton oder Bild an einen größeren Personenkreis im Wege der Massenherstellung oder der Massenverbreitung. Die Gesetzesmaterialien (ErlRV 1276 BlgNR 24. GP zu § 2 MedKF-TG) betonen, dass bei der Bekanntgabe nach § 2 Abs. 1 MedKF-TG der Name des Mediums, d.h. das konkrete Druckwerk, Rundfunkprogramm oder die Website anzugeben ist. Nicht in Einklang mit § 2 Abs. 1 MedKF-TG stehen daher beispielsweise Bekanntgaben eines Medieninhabers, einer juristischen Person, einer Werbe- bzw. Medienagentur, eines Vermarktungsunternehmens, einer Druckerei oder eines Verlegers bzw. Verlages.

Das Tatbild nach § 5 Abs. 2 2. Fall MedKF-TG besteht in der Veranlassung einer offensichtlich unrichtigen Bekanntgabe. Der Bericht des Verfassungsausschusses zum MedKF-TG hat in diesem Zusammenhang festgehalten, dass die Bestimmung des § 5 Abs. 2 MedKF-TG der KommAustria die Möglichkeit eröffnen soll, bei einem qualifizierten und begründeten Verdacht einer Falschmeldung ein Verwaltungsstrafverfahren einzuleiten. Diese Bestimmung erweitert somit die Möglichkeit einer Verwaltungsstrafsanktion auf Sachverhalte, bei denen eine offensichtlich unvollständige oder unrichtige Bekanntgabe erfolgt (vgl. AB 1607 BlgNR 24. GP zu § 5 Abs. 2 MedKF-TG).

Nach dem allgemeinen Sprachgebrauch bedeutet „offensichtlich“, dass etwas klar zu erkennen ist. Eine Unrichtigkeit ist insbesondere dann offensichtlich, wenn sie ohne aufwändige Recherche als solche erkannt werden kann. Unrichtig ist die Bekanntgabe bzw. Meldung dann, wenn sie einerseits falsche Zahlen enthält, die gemeldeten Geldbeträge also nicht der - letztlich für die Veröffentlichungen in den jeweiligen Medien - geleisteten Summe entsprechen. Unrichtig ist die Meldung jedoch auch dann, wenn einer oder mehrere der gemeldeten Geldbeträge nicht dem Medium zugeordnet werden, in dem die Veröffentlichung jeweils vorgenommen wurde. Ebenso unrichtig ist schließlich eine Meldung die einen oder mehrere Geldbeträge einer (juristischen) Person oder einer sonstigen Entität zuweist, bei der es sich um kein Medium handelt.

Im Lichte der bisherigen Ausführungen zu § 2 Abs. 1 MedKF-TG handelt es sich bei der, durch den Beschuldigten, veranlassten Meldung nach § 2 MedKF-TG um unrichtige Bekanntgaben im Sinne des § 5 Abs. 2 2. Fall MedKF-TG, da sie einen oder mehrere Geldbeträge einer (juristischen) Person oder einer sonstigen Entität zuweist, bei der es sich um kein Medium handelt. Die Unrichtigkeit der Meldung ist aber auch offensichtlich. Im Sinne dieser Wortbedeutung ist es ohne tiefer gehende Recherche offensichtlich, dass es sich bei den im Spruch genannten Bezeichnungen nicht um Medien im Sinne des § 2 Abs. 1 MedKF-TG handelt.

Da somit eine Bekanntgabe gemäß § 2 MedKF-TG veranlasst wurde, deren Unrichtigkeit offensichtlich ist, ist der objektive Tatbestand des § 5 Abs. 2 2. Fall MedKF-TG erfüllt.

4.3. Zur strafrechtlichen Verantwortlichkeit des Beschuldigten

Gemäß § 9 Abs. 1 VStG ist für die Einhaltung der Verwaltungsvorschriften durch juristische Personen oder eingetragene Personengesellschaften, sofern die Verwaltungsvorschriften nicht anderes bestimmen und soweit nicht verantwortliche Beauftragte nach § 9 Abs. 2 VStG bestellt sind, strafrechtlich verantwortlich, wer zur Vertretung nach außen berufen ist.

Der Beschuldigte war nach dem Ermittlungsverfahren zu den Tatzeitpunkten Geschäftsführer der X GmbH und diese war wiederum Komplementärin der X GmbH & Co KG. Aus dem Blickwinkel des § 9 Abs. 1 VStG ist im Falle des gesetzlichen Vertreters einer GesmbH & Co KG die Besonderheit zu beachten, dass nicht nur die Kommanditgesellschaft (der meldepflichtige Rechtsträger) im hier maßgebenden Zusammenhang keine natürliche Person ist, sondern auch die zur Vertretung und Geschäftsführung der KG berufene Komplementär-GesmbH, sodass im Ergebnis der Geschäftsführer der Komplementär-GesmbH gleichzeitig gesetzlicher Vertreter auch der KG und insoweit auch für die GesmbH & Co KG verwaltungsstrafrechtlich verantwortlich ist (ständige Rechtsprechung: vgl. z.B. VwGH 04.11.1983, Zl. 83/04/0185, 21. 12.1987, Zl. 87/10/0114, 17.03.1988, Zl. 86/08/0154). Soweit die Tätigkeit der GesmbH in der Vertretung und Geschäftsführung der KG besteht (und nicht etwa auch in der Führung eines vom Betrieb der KG verschiedenen, anderen Betriebes bzw. Unternehmens) beruhen daher auf Grund der engen organisatorischen Zusammenfassung die bestehenden Pflichtenkreise des Geschäftsführers für die GesmbH und für die KG auf ein und demselben Rechtsverhältnis, nämlich auf der Funktion als handelsrechtlicher Geschäftsführer der GesmbH, der dadurch in Personalunion auch zum Geschäftsführer der KG wird (VwGH 29.05.2006, Zl. 2005/09/0066).

Ein für die Einhaltung der Verpflichtungen nach dem MedKF-TG verantwortlicher Beauftragter war nicht bestellt. Der Beschuldigte war daher für die Einhaltung der Verpflichtungen der X GmbH & Co KG nach dem MedKF-TG verwaltungsstrafrechtlich verantwortlich.

4.4. Zum Verschulden des Beschuldigten

Zur Erfüllung der subjektiven Tatseite muss die Verwaltungsübertretung dem Beschuldigten auch vorzuwerfen sein. Hierbei ist zunächst zu prüfen, ob die Verwaltungsübertretung gemäß § 5 Abs. 2 MedKF-TG als Erfolgsdelikt oder als Ungehorsamsdelikt zu qualifizieren ist.

Gemäß § 5 Abs. 1 VStG genügt, wenn eine Verwaltungsvorschrift über das Verschulden nicht anderes bestimmt, zur Strafbarkeit fahrlässiges Verhalten. Fahrlässigkeit ist bei Zuwiderhandeln gegen ein Verbot oder bei Nichtbefolgung eines Gebotes dann ohne weiteres anzunehmen, wenn der Eintritt eines Schadens oder einer Gefahr nicht zum Tatbestand einer Verwaltungsübertretung gehört und der Täter nicht glaubhaft macht, dass ihn an der Verletzung der Verwaltungsvorschrift kein Verschulden trifft.

Was die innere Tatseite anlangt, ist somit zunächst festzuhalten, dass es sich bei dem vorgeworfenen

Verstoß gegen § 5 Abs. 2 iVm § 2 MedKF-TG um ein Ungehorsamsdelikt handelt: Ausweislich der Gesetzesmaterialien liegt ein Erfolgsdelikt dann vor, wenn die Strafbarkeit einer Tat zur Voraussetzung hat, dass sich die Tat entweder gegen ein bestimmtes Objekt gerichtet hat und dessen Verletzung bewirkt oder es der Gefahr einer Verletzung tatsächlich ausgesetzt hat (vgl. VfAB 360 BlgNR 2. GP zu § 5 VStG). Der Deliktstatbestand beschränkt sich auf das Zuwiderhandeln gegen ein Verbot ohne dass es des Hinzutretens eines tatbestandlichen Erfolges bedürfte. § 5 Abs. 2 2. Fall MedKF-TG sieht als Tathandlung die Veranlassung einer offensichtlich unrichtigen Bekanntgabe vor, wobei die Frage des Vorliegens einer Unrichtigkeit nach § 2 MedKF-TG zu beurteilen ist. Mit Abgabe der unrichtigen Erklärung ist die Tat vollendet, ein darüber hinausgehender Eintritt eines Schadens ist zur Vollendung des Tatbildes nicht erforderlich. Insbesondere fordert § 5 Abs. 2 MedKF-TG nicht das Vorliegen einer konkreten Beeinträchtigung desjenigen Rechtsgutes welches durch das MedKF-TG geschützt werden soll.

Bei Ungehorsamsdelikten verlangt die in § 5 Abs. 1 zweiter Satz VStG verankerte, widerlegliche Schuldvermutung zu Lasten des Täters, dass dieser von sich aus sein mangelndes Verschulden glaubhaft zu machen hat. Das bedeutet aber, dass der Beschuldigte alles initiativ darzulegen hat, was für seine Entlastung spricht. Dazu bedarf es etwa der Darlegung, dass er im Betrieb ein wirksames Kontrollsystem eingerichtet hat, sodass er unter vorhersehbaren Verhältnissen mit gutem Grund die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften erwarten konnte (vgl. VwGH 27.04.2011, Zl. 2010/08/0172, m.w.N.). Dabei genügt es nicht, ein derartiges Kontrollsystem abstrakt zu umschreiben. Vielmehr muss ausgeführt werden, wie das Kontrollsystem im Einzelnen funktionieren hätte sollen (VwGH 10.10.2004, Zl. 2004/02/0269), wobei es insbesondere nicht ausreicht, Mitarbeitern Belehrungen oder Dienstanweisungen über die einzuhaltenden Rechtsvorschriften zu erteilen, ohne deren tatsächliche Einhaltung auch zu kontrollieren (vgl. VwGH 04.07.2000, Zl. 2000/11/0123; 25.02.2010, 2008/09/0224). Abgesehen davon muss dargelegt werden, wieso – trotz Vorliegens eines funktionierenden Kontrollsystems – die Übertretung nicht verhindert werden konnte.

Seitens des Beschuldigten wurde jedoch das Vorliegen eines solchen Kontrollsystems nicht behauptet.

Auch dass sich der Beschuldigte in Unklarheit der Rechtslage bzw. in einem Rechtsirrtum befand, entschuldigt ihn nicht. Gemäß § 5 Abs. 2 VStG entschuldigt Unkenntnis einer Verwaltungsvorschrift, der der Täter zuwider gehandelt hat, diesen nur dann, wenn sie erwiesenermaßen unverschuldet ist. Nach der Rechtsprechung des VwGH hat sich der Beschuldigte mit den einschlägigen Rechtsvorschriften, die für ihn wegen seines Berufes, seiner Beschäftigung oder sonst nach den Umständen relevant sind, bekannt zu machen (VwGH 11.09.1997, Zl. 96/07/0223). Das Gebot des Bekanntmachens umfasst erforderlichenfalls, d.h. gerade dann, wenn dem Täter die Komplexität der Rechtslage bewusst ist, auch Erkundigungspflichten (VwGH 14.11.2006, Zl. 2005/03/0107, 12.12.1975, Zl. 86/12/0149).

Es wäre somit Aufgabe des Beschuldigten bzw. seiner zuständigen Mitarbeiter gewesen bei Vorliegen einer Unklarheit in Hinblick auf die geltende Rechtslage eine Auskunft bei der zuständigen Behörde bzw. bei deren Geschäftsapparat einzuholen, was jedoch unterblieb.

Das Vorbringen des Beschuldigten ist somit insgesamt nicht geeignet, die Schuldvermutung gemäß § 5 Abs. 1 zweiter Satz VStG zu widerlegen.

Der Beschuldigte hat jedenfalls fahrlässig die Verwaltungsübertretung nach § 5 Abs. 2 i.V.m. § 2 Abs. 1 MedKF-TG i.V.m. § 9 Abs. 1 VStG begangen.

4.5. Strafbemessung/Absehen von der Strafe

Grundlage für die Bemessung der Strafe sind gemäß § 19 Abs. 1 VStG die Bedeutung des strafrechtlich geschützten Rechtsgutes und die Intensität seiner Beeinträchtigung durch die Tat. Gemäß § 19 Abs. 2 VStG sind im ordentlichen Verfahren (§§ 40 bis 46) überdies die nach dem Zweck der Strafdrohung in Betracht kommenden Erschwerungs- und Milderungsgründe, soweit sie nicht schon die Strafdrohung bestimmen, gegeneinander abzuwägen. Auf das Ausmaß des Verschuldens ist besonders Bedacht zu nehmen. Unter Berücksichtigung der Eigenart des Verwaltungsstrafrechtes sind die §§ 32 bis 35 des Strafgesetzbuches sinngemäß anzuwenden. Die Einkommens-, Vermögens- und Familienverhältnisse des Beschuldigten sind bei der Bemessung von Geldstrafen zu berücksichtigen.

Gemäß § 45 Abs. 1 letzter Satz VStG kann die Behörde dem Beschuldigten unter Hinweis auf die Rechtswidrigkeit seines Verhaltens mit Bescheid eine Ermahnung erteilen, wenn dies geboten erscheint, um ihn von der Begehung strafbarer Handlungen gleicher Art abzuhalten. Dies ist möglich,

wenn die Bedeutung des strafrechtlich geschützten Rechtsgutes und die Intensität seiner Beeinträchtigung durch die Tat und das Verschulden des Beschuldigten gering sind.

Die Bestimmung des § 45 Abs. 1 VStG idF BGBl. I Nr. 33/2013 trat insofern u.a. an die Stelle des § 21 VStG vor der genannten Novellierung. Die Erläuterungen zur Regierungsvorlage (ErlRV 2009 BlgNR 24.GP, S. 19) führen dazu aus: „Im vorgeschlagenen § 45 Abs. 1 werden die derzeit in § 21 Abs. 1, § 21 Abs. 1a und § 34 VStG enthaltenen Bestimmungen an systematisch richtiger Stelle zusammengeführt. Der vorgeschlagene § 45 Abs. 1 Z 4 und der vorgeschlagene neue Schlusssatz dieses Absatzes entsprechen im Wesentlichen § 21 Abs. 1.“

Es kann also davon ausgegangen werden, dass mit der dargestellten Novellierung keine inhaltliche Änderung der Bestimmungen zum Absehen von der Einleitung oder Fortführung eines Strafverfahrens beabsichtigt war und zur Erteilung einer Ermahnung gemäß § 45 Abs. 1 Z 4 iVm Abs. 1 letzter Satz VStG auf die Judikatur zum bisherigen § 21 Abs. 1 VStG zurückgegriffen werden kann. Nach ständiger Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes mussten die beiden in dieser Bestimmung genannten Bedingungen – geringfügiges Verschulden des Beschuldigten und unbedeutende Folgen der Tat – kumulativ vorliegen, damit von der Strafe abgesehen werden konnte (vgl. die bei *Raschauer/Wessely [Hg.]*, VStG, Rz 6 zitierte Judikatur des VwGH).

Soweit in § 45 Abs. 1 Z 4 VStG auf die Bedeutung des strafrechtlich geschützten Rechtsgutes Bezug genommen wird, ist dies der Neuformulierung der Bestimmungen über die Strafbemessung (§ 19 VStG) geschuldet (ErlRV 2009 BlgNR 24.GP, S. 18 f). Soweit also nunmehr darauf abgestellt wird, dass „die Bedeutung des strafrechtlich geschützten Rechtsgutes und die Intensität seiner Beeinträchtigung“ gering sein müssen, ersetzt dies das bisherige Tatbestandsmerkmal der unbedeutenden Folgen der Übertretung. Eine inhaltliche Änderung war damit nicht intendiert.

Voraussetzung für die Anwendung des § 45 Abs. 1 Z 4 VStG ist das kumulative Vorliegen der in dieser Gesetzesstelle genannten Kriterien, nämlich die geringe Bedeutung des strafrechtlich geschützten Rechtsguts, die geringe Intensität seiner Beeinträchtigung sowie geringfügiges Verschulden.

Das durch das MedKF-TG geschützte Rechtsgut besteht in der Gewährleistung von Transparenz bei der Erteilung von Werbeaufträgen sowie der Vergabe von Förderungen „öffentlicher Stellen“ (vgl. dazu ErlRV 1276 BlgNR 24. GP sowie § 1 MedKF-TG, § 1 Abs. 1 BVG MedKF-T). Die interessierte Öffentlichkeit soll in die Lage versetzt werden sich ein Gesamtbild von Werbeaufträgen und Förderungen der öffentlichen Hand zu machen.

Die Bedeutung dieses Rechtsgutes kann – auch und gerade im Vergleich zu anderen verwaltungsstrafrechtlich geschützten Rechtsgütern – jedenfalls nicht als so hoch angesehen werden, dass eine Anwendung des § 45 Abs. 1 Z 4 VStG außer Betracht bleiben müsste.

Auch liegt die Beeinträchtigung des Rechtsgutes durch die hier gegenständliche unrichtige Meldung im unteren Intensitätsbereich. Die stärkste denkbare Beeinträchtigung des Transparenzgedankens besteht im Rahmen des § 2 MedKF-TG darin, eine Meldung, trotz des Vorliegens meldepflichtiger entgeltlicher Veröffentlichungen, vollständig zu unterlassen. Im Vergleich dazu wird das geschützte Rechtsgut durch die Angabe einer (bloß) falschen Bezeichnung, jedoch unter Angabe der Höhe des verausgabten Betrages, weitaus weniger stark beeinträchtigt.

Von geringem Verschulden im Sinne des § 45 Abs. 1 Z 4 VStG ist dann zu sprechen, wenn das tatbildmäßige Verhalten des Täters hinter dem in der betreffenden Strafdrohung typisierten Unrechtsgehalt und Schuldgehalt erheblich zurückbleibt (vgl. zur materiell gleichen Rechtslage nach § 21 VStG bis 01.07.2013: VwGH 16.09.2010, Zl. 2010/09/0141). Durch die Offenlegung der jeweils verausgabten Gesamtbeträge im maßgeblichen Quartal hat der Beschuldigte erkennen lassen, dass er grundsätzlich an der Einhaltung der Verpflichtungen aus dem MedKF-TG interessiert und zu entsprechender Mitwirkung bereit ist. Die Sorgfaltswidrigkeit des Beschuldigten ist im Lichte des § 5 Abs. 2 VStG zwar nicht gänzlich unverschuldet, beruht aber erkennbarer Weise auf einem geringen Verschulden und bleibt damit hinter dem in der Strafdrohung typisierten Unrechts- und Schuldgehalt zurück.

Von der Verhängung einer Strafe war somit gemäß § 45 Abs. 1 Z 4 VStG abzusehen.

Der bescheidmäßige Ausspruch einer Ermahnung erscheint jedoch erforderlich, um den Beschuldigten von weiteren strafbaren Handlungen gleicher Art abzuhalten. Da eine Bekanntgabe gemäß § 2 und § 4 MedKF-TG quartalsweise zu erfolgen hat, besteht angesichts dieser Meldehäufigkeit ein nicht unerhebliches Risiko, dass bei der entsprechenden Bekanntgabe auch in Zukunft vergleichbare Fehler unterlaufen. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass, entsprechend den Feststellungen, die X GmbH gemäß § 142 UGB nunmehr die Gesamtrechtsnachfolgerin der

aufgelösten und gelöschten X GmbH & Co KG ist. Nicht nur trifft den Beschuldigten die verwaltungsstrafrechtliche Verantwortlichkeit hinsichtlich der – nunmehr gelöschten – X GmbH & Co KG, sondern ist dieser derzeit auch Alleingeschäftsführer der, in die Rechtsposition der Kommanditgesellschaft getretenen, X GmbH. Den Beschuldigten trifft als Geschäftsführer der X GmbH weiterhin die verwaltungsstrafrechtliche Verantwortlichkeit für die Einhaltung der Verwaltungsvorschriften nach dem MedKF-TG. Darüber hinaus konnte auch die umfangreiche Anleitung durch die Behörde, wie sie etwa in Form eines mehrseitigen Informationsschreibens in Zusammenhang mit der Übermittlung der Zugangsdaten für die Webschnittstelle geleistet wurde, die Gesetzmäßigkeit der Bekanntgaben nicht gewährleisten.

4.6. Kosten des Strafverfahrens

Mangels Verhängung einer Verwaltungsstrafe ist keine Verpflichtung zum Kostenersatz gemäß § 64 Abs. 1 VStG auszusprechen.

Es war daher spruchgemäß zu entscheiden.

Rechtsmittelbelehrung:

Sie haben das Recht gegen diesen Bescheid Beschwerde zu erheben.

Eine rechtzeitig eingebrachte und zulässige Beschwerde hat aufschiebende Wirkung, das heißt, der Bescheid kann bis zur abschließenden Entscheidung nicht vollstreckt werden.

Die Beschwerde ist innerhalb von vier Wochen nach Zustellung dieses Bescheides schriftlich bei uns einzubringen. Falls Sie innerhalb der Beschwerdefrist die Beigebung eines Verteidigers/einer Verteidigerin beantragen, beginnt die Beschwerdefrist erst mit dem Zeitpunkt zu laufen, in dem der Beschluss über die Bestellung des Rechtsanwalts/der Rechtsanwältin zum Verteidiger/zur Verteidigerin und der anzufechtende Bescheid diesem/dieser zugestellt sind. Wird der rechtzeitig gestellte Antrag auf Beigebung eines Verteidigers/einer Verteidigerin abgewiesen, beginnt die Beschwerdefrist mit der Zustellung des abweisenden Beschlusses an Sie zu laufen.

Die Beschwerde hat den Bescheid, gegen den sie sich richtet, und die Behörde, die den Bescheid erlassen hat, zu bezeichnen. Weiters hat die Beschwerde die Gründe, auf die sich die Behauptung der Rechtswidrigkeit stützt, das Begehren und die Angaben, die erforderlich sind, um zu beurteilen, ob die Beschwerde rechtzeitig eingebracht ist, zu enthalten.

Sie haben das Recht, in der Beschwerde zu beantragen, dass eine öffentliche mündliche Verhandlung durchgeführt wird. Bitte beachten Sie, dass Sie, falls die Behörde von der Erlassung einer Beschwerdevorentscheidung absieht, auf Ihr Recht auf Durchführung einer Verhandlung verzichten, wenn Sie in der Beschwerde keinen solchen Antrag stellen.

Die Beschwerde kann in jeder technisch möglichen Form übermittelt werden.

Technische Voraussetzungen oder organisatorische Beschränkungen des elektronischen Verkehrs sind auf folgender Internetseite bekanntgemacht:

Bitte beachten Sie, dass der Absender/die Absenderin die mit jeder Übermittlungsart verbundenen Risiken (zB Übertragungsverlust, Verlust des Schriftstückes) trägt.

Kommunikationsbehörde Austria

Dr. Florian Philipitsch, LL.M.
(Vorsitzender-Stellvertreter)